FRIEDENS-KUNDGEBUNGEN DER WELT



UND IHR ECHO

VERLAG: KARL CURTIUS · BERLIN W 35

Wenn die Schrecken des Weltkrieges bis heute noch nicht aufgehört haben, die Welt zu bedrängen und zu quälen, so liegt die Schuld offenbar an denjenigen der Streitenden, die bisher nicht nur keinen Frieden gewollt, sondern sogar alle Bemühungen um die Herbeiführung eines ehrlichen Friedens durch ihren starren Kriegswillen vereitelt und selbst Friedensangebote schroff abgelehnt haben. Wenn einst die Welt Rechenschaft fordert wegen der unerhörten Verlängerung des Krieges, dann wird sie die Schuldigen leicht finden. Die Geschichte wird die Äußerungen der Friedensbereitschaft, die Angebote eines Friedens nicht vergessen und ebensowenig die abschlägigen Antworten jener, denen das sinnlose Opfern von Gut und Blut ihrer Völker über alles zu gehen scheint. Doch auch heute schon ist es möglich und auch an der Zeit, die Dokumente des Friedenswillens und der blinden Kriegslust zu sammeln und der Menschheit zu unterbreiten, auf daß diese schon jetzt klar erkennt, welche der kämpfenden Völker den Frieden wollen und welche nicht. Und die Menschheit soll dann die Schuldigen unverzüglich und unablässig brandmarken, auch die Völker der friedensfeindlichen Staaten sollen wissen, wer ihnen und Europa den Frieden vorenthält. Die ganze Welt soll mit Fingern auf die Machthaber weisen, die wahnwitzigen Machtplänen unzählige Menschenleben opfern und die Früchte hundertjährigen Fleißes vernichten.

Die folgenden „Friedenskundgebungen der Welt und ihr Echo“ sind schlagende Dokumente. Sie zeigen deutlich, wer bisher den Frieden gewollt und wer ihn abgelehnt oder gar bekämpft hat. Dem Leser wird es ein Leichtes sein, die wahren Schuldigen an der Verlängerung des Krieges kennen zu lernen.

Die deutsche Friedensnote vom 12. Dezember 1916.

„Der furchtbarste Krieg, den die Geschichte je gesehen hat, wütet seit bald zwei und einem halben Jahr in einem großen Teile der Welt. Diese Katastrophe, die das Band einer gemeinsamen tausendjährigen Zivilisation nicht hat aufhalten können, trifft die Menschheit in ihren wertvollsten Errungenschaften. Sie droht, den geistigen und materiellen Fortschritt, der den Stolz Europas zu Beginn des 20. Jahrhunderts bildete, in Trümmer zu legen.

Deutschland und seine Verbündeten, Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei, haben in diesem Kampfe ihre unüberwindliche Kraft erwiesen. Sie haben über ihre an Zahl und Kriegsmaterial überlegenen Gegner gewaltige Erfolge errungen. Unerschütterlich halten ihre Linien den immer wiederholten Angriffen der Heere ihrer Feinde stand. Der jüngste Ansturm im Balkan ist schnell nnd siegreich niedergeworfen worden. Die letzten Ereignisse beweisen, daß auch eine weitere Fortdauer des Krieges ihre Widerstandskraft nicht zu brechen vermag, daß vielmehr die gesamte Lage zu der Erwartung weiterer Erfolge berechtigt.

Zur Verteidigung ihres Daseins und ihrer nationalen Entwicklungsfreiheit wurden die vier verbündeten Mächte gezwungen, zu den Waffen zu greifen. Auch die Ruhmestaten ihrer Heere haben daran nichts geändert. Stets haben sie an der Überzeugung festgehalten, daß ihre eigenen Rechte und begründeten Ansprüche in keinem Widerspruch zu den Rechten der anderen Nationen stehen. Sie gehen nicht darauf aus, ihre Gegner zu zerschmettern oder zu vernichten.

Getragen von dem Bewußtsein ihrer militärischen und wirtschaftlichen Kraft und bereit, den ihnen aufgezwungenen Kampf nötigenfalls bis zum Äußersten fortzusetzen, zugleich aber von dem Wunsch beseelt, weiteres Blutvergießen zu verhüten und den Greueln des Krieges ein Ende zu machen, schlagen die vier verbündeten Mächte vor, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten. Die Vorschläge, die sie zu diesen Verhandlungen mitbringen

werden und die darauf gerichtet sind, Dasein, Ehre und Entwicklungsfreiheit ihrer Völker zu sichern, bilden nach ihrer Überzeugung eine geeignete Grundlage für die Herstellung eines dauerhaften Friedens.

Wenn trotz dieses Anerbietens zu Frieden und Versöhnung der Kampf fortdauern sollte, so sind die vier verbündeten Mächte entschlossen, ihn bis zum siegreichen Ende zu führen. Sie lehnen aber feierlich jede Verantwortung dafür vor der Menschheit und der Geschichte ab."

Antwort der Entente vom 30. Dezember 1916.

„. . . Nachdem Deutschland seine Verpflichtungen verletzt hat, kann der von ihm gebrochene Friede nicht auf sein Wort gegründet werden. Eine Anregung ohne Bedingungen für Eröffnung der Verhandlungen ist kein Friedensangebot. Dieser angebliche Vorschlag, der jedes greifbaren Inhaltes und jeder Genauigkeit entbehrend durch die Kaiserliche Regierung in Umlauf gesetzt wurde, erscheint weniger als ein Friedensangebot denn als ein Kriegsmanöver. Er beruht auf der systematischen Verkennung des Charakters des Streites in der Vergangenheit, in der Gegenwart und in der Zukunft. . . .

Für die Gegenwart stützt sich das Anerbieten Deutschlands auf eine ausschließlich „europäische Kriegskarte", die nur den äußeren und vorübergehenden Schein der Lage und nicht die wirkliche Stärke der Gegner ausdrückt. Ein Friede, der unter solchen Voraussetzungen geschlossen wird, würde einzig den Angreifern zum Vorteil gereichen, die geglaubt hatten, ihr Ziel in 2 Monaten erreichen zu können, und nun nach 2 Jahren bemerken, daß sie es niemals erreichen werden. Für die Zukunft verlangen die durch die Kriegserklärung Deutschlands verursachten Verwüstungen, die zahlreichen Attentate, die Deutschland und seine Verbündeten gegen die Kriegführenden und gegen die Neutralen verübt haben, Sühne, Wiedergutmachungen und Bürgschaften (sanction, réparations, garanties). . .

. . . In Wirklichkeit ist die durch die Zentralmächte gemachte Eröffnung weiter nichts als ein wohlberechneter Versuch, auf die Entwicklung des Krieges einzuwirken und zum Schlusse einen deutschen Frieden aufzunötigen. Sie beabsichtigt, die öffentliche Meinung in den alliierten Ländern zu verwirren. Diese Meinung hat aber trotz aller Opfer schon mit bewundernswerter Festigkeit geantwortet und die Hohlheit der feindlichen Erklärung ins Licht gestellt. Sie will die öffentliche Meinung Deutschlands und seiner Verbündeten stärken, die schwer geprüft sind, schon durch ihre Verluste, zermürbt durch die wirtschaftliche Not und zusammengebrochen unter der äußersten Anstrengung, die von ihren Völkern verlangt wird. Sie sucht die öffentliche Meinung der neutralen Länder zu täuschen und einzuschüchtern, die sich schon seit langem über die ursprüngliche Verantwortlichkeit ein Urteil gebildet hat, die sich über die gegenwärtige Verantwortung klar ist und die zu hell sieht, um die Pläne Deutschlands zu begünstigen, indem sie die Verteidigung der menschlichen Freiheit preisgibt.

In voller Erkenntnis der Schwere, aber auch der Notwendigkeiten der Stunde lehnen es die alliierten Regierungen, die unter sich eng verbunden und in voller Übereinstimmung mit ihren Völkern sind, ab, sich mit einem Vorschlage ohne Aufrichtigkeit und ohne Bedeutung zu befassen. . . ."

Die Friedensnote des Präsidenten Wilson vom 21. Dezember 1916.

„. . . Der Präsident regt an, daß baldigst Gelegenheit genommen werde, von allen jetzt kriegführenden Staaten ihre Ansichten über die Bedingungen zu erfahren, unter denen der Krieg zum Abschluß gebracht werden könnte, und über die Vorkehrungen, die gegen die Wiederholung des Krieges oder die Entfachung irgendeines ähnlichen Konfliktes in der Zukunft zufriedenstellende Bürgschaft leisten könnten, so daß sich die Möglichkeit biete, sie offen zu vergleichen. . . .

Beide Parteien wünschen für die Zukunft die Rechte und Freiheiten schwacher Völker und kleiner Staaten ebenso gegen Unterdrückung oder Verneinung gesichert zu sehen wie die Rechte und Freiheiten der großen und mächtigen Staaten, die jetzt Krieg führen. Jeder wünscht sich neben allen anderen Nationen und Völkern in Zukunft gesichert zu sehen gegen die Wiederholung eines Krieges wie des gegenwärtigen, sowie gegen Angriffe und eigennützige Störungen jeder Art. Jeder glaubt, der Bildung weiterer gegnerischer Vereinigungen, die unter wachsendem Argwohn ein unsicheres Gleichgewicht der Mächte herbeiführen würde, mit Mißtrauen entgegensehen zu sollen. Aber jeder ist bereit, die Bildung einer Liga von Nationen in Erwägung zu ziehen, die den Frieden und die Gerechtigkeit in der ganzen Welt gewährleistet. Ehe jedoch dieser letzte Schritt getan werden kann, hält jede Partei es für notwendig, zunächst die mit dem gegenwärtigen Krieg verknüpften Fragen unter Bedingungen zu lösen, die die Unabhängigkeit, die territoriale Integrität sowie die politische und wirtschaftliche Freiheit der an dem Kriege beteiligten Nationen sicherlich gewährleisten.

Das Volk und die Regierung der Vereinigten Staaten haben an den Maßnahmen, die in der Zukunft den Frieden der Welt sicherstellen sollen, ein ebenso dringendes und unmittelbares Interesse wie die jetzt im Kriege befindlichen Regierungen. . . .

Der Präsident fühlt sich daher durchaus gerechtfertigt, wenn er eine alsbaldige Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch über die Bedingungen anregt, die den schließlichen Vereinbarungen für den Weltfrieden vorausgehen müssen, die jedermann wünscht und bei denen die neutralen Staaten ebenso wie die kriegführenden bereit sind, in voll verantwortlicher Weise mitzuwirken. . . ."

Deutschlands Antwort an Präsident Wilson.

Berlin, 26. Dezember. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts hat heute dem Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Beantwortung des Schreibens vom 21. d. M. folgende Note übergeben:

Die Kaiserliche Regierung hat die hochherzige Anregung des Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Grundlagen für die Herstellung eines dauernden Friedens zu schaffen, in dem freundschaftlichen Geiste aufgenommen und erwogen, der in der Mitteilung des Herrn Präsidenten zum Ausdruck kommt. Der Herr Präsident zeigt das Ziel, das ihm am Herzen liegt, und läßt die Wahl des Weges offen. Der Kaiserlichen Regierung erscheint ein unmittelbarer Gedankenaustausch als der geeignetste Weg, um zu dem gewünschten Ergebnis zu gelangen. Sie beehrt sich daher, im Sinne ihrer Erklärung vom 12. d. M., die zu Friedensverhandlungen die Hand bot, den alsbaldigen Zusammentritt von Delegierten der kriegführenden Staaten an einem neutralen Orte vorzuschlagen.

Auch die Kaiserliche Regierung ist der Ansicht, daß das große Werk der Verhütung künftiger Kriege erst nach Beendigung des gegenwärtigen Völkerringens in Angriff genommen werden kann. Sie wird, wenn dieser Zeitpunkt gekommen ist, mit Freuden bereit sein, zusammen mit den Vereinigten Staaten von Amerika an dieser erhabenen Aufgabe mitzuarbeiten.

Antwort der alliierten Regierungen auf die Note Wilsons vom 19. Dezember 1916.

„. . . Die Erörterung künftiger Abmachungen, welche einen dauerhaften Frieden sichern sollen, hat zunächst eine befriedigende Regelung des gegenwärtigen Streites zur Voraussetzung. Die Alliierten empfinden ebenso tief wie die Regierung der Vereinigten Staaten den Wunsch, möglichst bald diesen Krieg beendet zu sehen, für den die Mittelmächte verantwortlich sind, aber sie sind der Ansicht, daß es unmöglich ist, bereits heute einen Frieden zu erzielen, welcher ihnen die Wiedergutmachungen, Rückerstattungen und Bürgschaften sichert, auf welche sie ein Recht haben infolge des Angriffs, für den die Mittelmächte die Verantwortung tragen und der im Ursprung gerade darauf abzielte, die Sicherheit Europas zu Grunde zu richten. . . .“

Eine Note des schweizerischen Bundesrats an die kriegführenden Mächte.

Am 22. Dezember 1916 hat der schweizerische Bundesrat an die Regierungen der kriegführenden Staaten folgende Note gerichtet:

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, mit welchem der schweizerische Bundesrat, geleitet von seinem heißesten Wunsche nach einer baldigen Beendigung der Feindseligkeiten, vor geraumer Zeit in Fühlung getreten ist, hatte die Freundlichkeit, dem Bundesrate von der den Regierungen der Zentral- und Ententemächte zugestellten Friedensnote Kenntnis zu geben.

In dieser Note erörtert Präsident Wilson die hohe Wünschbarkeit internationaler Abmachungen zum Zwecke sicherer und dauernder Vermeidung von Katastrophen, wie diejenige es ist, unter der heute die Völker leiden. Er betont im Zusammenhang damit vor allem die Notwendigkeit, das Ende des gegenwärtigen Krieges herbeizuführen. Ohne selbst Friedensvorschläge zu machen oder die Vermittlung anzubieten, beschränkt er sich darauf, zu sondieren, ob die Menschheit hoffen darf, sich den Segnungen des Friedens genähert zu haben.

Die überaus verdienstliche, persönliche Initiative von Präsident Wilson wird einen mächtigen Widerhall in der Schweiz finden. Treu den Verpflichtungen, die sich aus der Einhaltung strengster Neutralität ergeben, in gleicher Freundschaft mit den Staaten der beiden im Kriege stehenden Mächtegruppen verbunden, wie eine Insel inmitten der Brandung des schrecklichen Völkerkrieges gelegen und in seinen ideellen und materiellen Interessen auf das empfindlichste bedroht und verletzt, ist unser Land von einer tiefgehenden Friedenssehnsucht erfüllt und bereit, mit seinen schwachen Kräften mitzuhelfen, um den unendlichen Leiden des Krieges, welche ihm durch tägliche Berührung mit den Internierten, Schwerverwundeten und Evakuierten vor Augen geführt werden, ein Ende zu bereiten und die Grundlagen zu einem segensreichen Zusammenwirken der Völker zu schaffen.

Der schweizerische Bundesrat ergreift daher freudig die Gelegenheit, die Bestrebungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zu unterstützen. Er würde sich glücklich schätzen, wenn er in irgendeiner auch noch so bescheidenen Weise für die Annäherung der im Kampfe stehenden Völker und für die Erreichung eines dauerhaften Friedens tätig sein könnte.

Deutsche Antwortnote an die Schweiz.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hat am 27. Dezember dem schweizerischen Gesandten in Beantwortung des Schreibens vom 22. d. M. folgende Note übergeben:

Die Kaiserliche Regierung hat davon Kenntnis genommen, daß der Schweizerische Bundesrat im Verfolg einer schon geraume Zeit zurückliegenden Fühlungnahme mit dem Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika bereit ist, auch seinerseits für die Annäherung der im Kampfe stehenden Völker und die Erreichung eines dauernden Friedens tätig zu sein. Der Geist wahrer Menschlichkeit, von dem der Schritt des Schweizerischen Bundesrats getragen ist, wird von der Kaiserlichen Regierung nach seinem vollen Werte gewürdigt und geschätzt.

Die Kaiserliche Regierung hat den Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten davon unterrichtet, daß ihr ein unmittelbarer Gedankenaustausch als das geeignetste Mittel erscheint, um zu dem gewünschten Ergebnis zu gelangen. Geleitet von den Erwägungen, aus denen Deutschland am 12. Dezember zu Friedensverhandlungen die Hand bot, darf die Kaiserliche Regierung den alsbaldigen Zusammentritt von Delegierten sämtlicher kriegführenden Staaten an einem neutralen Orte vorschlagen.

In Übereinstimmung mit dem Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika ist die Kaiserliche Regierung der Ansicht, daß das große Werk der Verhütung künftiger Kriege erst nach Beendigung des gegenwärtigen Völkerringens in Angriff genommen werden kann. Sie wird, sobald dieser Zeitpunkt gekommen ist, mit Freuden bereit sein, an dieser erhabenen Aufgabe mitzuarbeiten.

Wenn die Schweiz, die sich treu den edlen Überlieferungen des Landes bei der Linderung der Leiden des jetzigen Krieges unvergängliche Verdienste erworben hat, auch ihrerseits zu der Sicherung des Weltfriedens beitragen will, so wird dies dem deutschen Volk und der deutschen Regierung hochwillkommen sein.

Antwort der Alliierten an die Schweiz.

„. . . . Da die Bundesregierung sich auf die amerikanischen Vorschläge berufen hat, haben die Regierungen der Alliierten die Ehre, ihr beifolgend den Wortlaut ihrer Antwort mitzuteilen. Sie mag in diesem Schriftstück eine Darlegung der Gründe finden, aus denen die Regierungen der Alliierten glauben, daß es ihnen nicht möglich ist, den Wünschen zu entsprechen, denen die Schweiz sich angeschlossen hat. . . ."

Friedensnoten der skandinavischen Staaten.

Der schwedische Geschäftsträger, der dänische Gesandte und der norwegische Gesandte haben im Auftrag ihrer Regierungen am 29. Dezember im Auswärtigen Amt gleichlautende Noten überreicht, die wir nachstehend wiedergeben:

Die Königliche Regierung hat mit dem lebhaftesten Interesse von den Vorschlägen Kenntnis genommen, die der Präsident der Vereinigten Staaten soeben gemacht hat, um die Maßnahmen zur Herstellung eines dauerhaften Friedens zu erleichtern. Wenn sie auch jede Einmischung zu vermeiden wünscht, die legitime Gefühle verletzen könnte, so würde die Königliche Regierung ihre Pflichten gegenüber ihrem eigenen Volke und gegenüber der gesamten Menschheit nicht zu erfüllen glauben, wenn sie nicht ihre tiefste Sympathie für alle Bestrebungen ausdrücken würde, die der fortgesetzten Steigerung von Leiden sowie von moralischen und materiellen Verlusten ein Ende setzen könnten. Sie gibt sich der Hoffnung hin, daß die Initiative des Präsidenten Wilson ein Ergebnis zeitigen wird, würdig der hochherzigen Gesinnung, von der ihr Urheber beseelt ist.

Deutschlands Antwort auf die skandinavische Friedensnote.

Berlin, 2. Januar. Auf die Noten, die hier am 29. Dezember von den Gesandten Dänemarks, Schwedens und Norwegens übergeben worden waren, sind am 1. Januar den Gesandten die Antwortnoten zugestellt worden. Darin spricht die Kaiserliche Regierung vollstes Verständnis für die Beweggründe aus, die die drei Regierungen bei ihren Kundgebungen geleitet haben, verweist sodann auf die deutsche Note vom 12. Dezember und auf die Beantwortung der Anregung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika. Die Antwortnoten schließen mit der Bemerkung, daß es von der Antwort unserer Gegner abhänge, ob der Versuch, der Welt die Segnungen des Friedens wiederzugeben, von Erfolg gekrönt sein würde.

Antwort der Entente auf die skandinavische Friedensnote.

„Die Initiative des Präsidenten Wilson hat die alliierten Staaten veranlaßt, ihre Ansicht in einer Note auszusprechen, die sie mit einer Note der belgischen Regierung am 10. ds. Mts. an den Präsidenten der Vereinigten Staaten gesandt haben. Darin findet die königliche Regierung die Gründe auseinandergesetzt, aus denen die Alliierten es ablehnen, auf die ihnen ausgesprochenen Wünsche einzugehen.“ (Agence Havas vom 17. Januar 1917.)

Friedensresolution des deutschen Reichstags vom 19. Juli 1917.

Der Reichstag erklärt:

Wie am 4. August 1914 gilt für das deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres das Wort der Thronrede: „Uns treibt nicht Eroberungssucht!“ Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit für die Unversehrtheit seines territorialen Besitzstandes hat Deutschland die Waffen ergriffen.

Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar.

Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege ausgehen. Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden. Nur der Wirtschaftsfriede wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten.

Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern.

Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberung und Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist.

In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüberwindlich. Der Reichstag weiß sich darin eins mit den Männern, die in heldenhaftem Kampf das Vaterland schützen. Der unvergängliche Dank des ganzen Volkes ist ihm sicher.

Antwort der französischen Regierung.

In seiner Rede in der Kammer am 2. August erklärte Ribot über den Frieden u. a.: „Die Regierung denkt, daß wir erst dann zu einem Frieden, den wir annehmen können, gelangen werden, wenn Deutschland ihn erbeten haben wird. Wenn wir zu früh den hinterlistigen Vorschlägen Gehör schenken, die uns gemacht worden sind und die von Manövern unterstützt werden, die Sie kennen, so würden wir das Land ausliefern und unsere Pflicht als Franzosen und unsere Pflicht als Regierung verletzen."

Antwort der englischen Regierung.

In der Londoner Queens-Hall erklärte Lloyd George am 23. Juli 1917:

„Europa hat nicht Millionen seiner tapferen Söhne geopfert, um den Boden, der durch ihr Blut geheiligt ist, nur zu einem Heiligtum für Lug und Trug zu machen.“

Die Friedensnote des Papstes vom 1. August 1917.

„. . . . Gegen Ende des ersten Kriegsjahres richteten Wir an die im Streite befindlichen Nationen die lebhaftesten Ermahnungen und gaben überdies den Weg an, dem man folgen müsse, um zu einem beständigen und für alle ehrenvollen Frieden zu kommen. Leider wurde Unser Ruf nicht gehört, und der Krieg ging noch während zweier Jahre mit allen seinen Schrecken erbittert weiter; er wurde sogar grausamer und breitete sich zu Lande und zu Wasser aus, ja bis in die Lüfte; Verheerungen und Tod sah man hereinbrechen über unverteidigte Städte, über ruhige Dörfer, über ihre unschuldige Bevölkerung. Und jetzt kann niemand sich vorstellen, um wieviel sich die Leiden aller vermehren und erschweren würden, wenn weitere Monate, oder schlimmer noch, weitere Jahre sich diesen blutigen drei Jahren anreihten. Soll die zivilisierte Welt denn ganz zu einem Feld des Todes werden? Will das so ruhmvolle und blühende Europa, wie von einem allgemeinen Wahnsinn hingerissen, dem Abgrund entgegeneilen und zu einer Selbstvernichtung die Hand bieten?

„. . . Wir lassen von neuem einen Friedensruf ertönen und richten abermals eine dringende Mahnung an diejenigen, welche die Geschicke der Nationen in ihren Händen halten. Um Uns aber nicht mehr auf allgemeine Ausdrücke zu beschränken, wie es Uns bisher die Umstände ratsam erscheinen ließen, wollen Wir nunmehr zu Vorschlägen übergehen, die in höherem Maße anschaulich und ausführbar sind, und die Regierungen der kriegführenden Völker auffordern, sich über die folgenden Punkte,

welche als die notwendige Grundlage für einen gerechten und dauerhaften Frieden erscheinen, ins Einvernehmen zu setzen, wobei ihnen überlassen bleibt, die Punkte im einzelnen festzulegen und zu ergänzen." (Folgen die Vorschläge des Papstes.)

Die Antwort der deutschen Regierung.

Der deutsche Reichskanzler Dr. Michaelis erklärte am 21. Aug. 1917 im Reichstag:

„... Wenn ich mir auch eine Stellungnahme im einzelnen vorbehalten muß, so kann ich doch schon jetzt sagen, daß es unserer mehrfach kundgetanen Haltung und unserer Politik seit dem 12. Dezember entspricht, daß wir jedem ehrlichen Versuch, in das Völkerelend des Krieges den Gedanken des Friedens hineinzutragen, sympathisch gegenüberstehen, und daß wir den Schritt des Papstes, der, wie ich meine, von ernstem Bestreben nach Gerechtigkeit und Unparteilichkeit getragen ist, besonders begrüßen. Ich fasse mich dahin zusammen:

1. Die Note ist nicht von uns veranlaßt, sondern aus der spontanen Initiative des Papstes hervorgegangen.
2. Wir begrüßen die Bemühung des Papstes, durch einen dauernden Frieden dem Völkerkrieg ein Ende zu machen, mit Sympathie."

Die Entente hat die Friedensnote des Papstes überhaupt nicht beantwortet.

Dagegen hielt Lloyd George am 11. Oktober 1917 folgende Rede:

„Wielange der Krieg auch dauert, England ist gesonnen, seinem Bundesgenossen Frankreich beizustehen, bis seine unterdrückten Kinder (Elsaß-Lothringen) vom fremden Joche befreit sind."

Am 28. November 1917 führte Lloyd George auf der Konferenz der vereinigten Handelskammern in Wellington aus, jeder Vorschlag, Samoa und Neuguinea wieder an Deutschland zurückzugeben, würde von der britischen Bevölkerung des südlichen Stillen Ozeans als bittere Enttäuschung empfunden werden. Es

würde bedeuten, daß Samoa zum Hauptstandort der deutschen Stillen-Ozean-Flotte würde. Die Deutschen würden dort eine Station für drahtlose Telegraphie einrichten und eine Unterseebootsbasis anlegen. Der Premier fügte hinzu: Die britische Regierung ist darüber unterrichtet worden, daß wir entschlossen sind, die Deutschen nicht wieder auf die Inseln des Stillen Ozeans zu lassen, wenn wir es auf irgend eine Weise verhindern können.

Einladung zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk.

Am 25. Dezember 1917 wurde in Brest-Litowsk eine zehntägige Unterbrechung der Verhandlungen vorgeschlagen und angenommen, „damit nach der russischen Erklärung die Völker, deren Regierungen den geführten Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden sich noch nicht angeschlossen hätten, die Möglichkeit hätten, genügend mit den jetzt aufgestellten Prinzipien eines solchen Friedens sich bekannt zu machen. Nach Verlauf der besagten Frist mußten die Verhandlungen erneuert werden, abgesehen davon, ob und wieviele kriegführende Staaten sich den Verhandlungen anschließen."

Feststellung des Staatssekretärs von Kühlmann.

In der Vollsitzung sämtlicher Friedensdelegationen in Brest-Litowsk vom 9. Januar 1918 erklärte Staatssekretär von Kühlmann als Vorsitzender, daß die Frist für eine Anschlußerklärung der übrigen Kriegführenden an die Friedensverhandlungen am 4. Januar 1918 mitternachts abgelaufen sei. Die Mächte des Vierbundes haben daraufhin folgenden gemeinschaftlichen Beschluß durch Funkspruch verbreitet:

„Die Delegationen der verbündeten Mächte stellen fest, daß die zehntägige Frist mit dem 4. Januar 1918 abgelaufen und von keinem der anderen Kriegführenden eine Erklärung über den Beitritt zu den Friedensverhandlungen bei ihnen eingegangen ist."

Der Reichskanzler Graf Hertling

betonte in seiner Reichtagsrede vom 24. Januar 1918 erneut die Friedensbereitschaft Deutschlands:

„Wenn die Führer der feindlichen Mächte wirklich zum Frieden geneigt sind, so mögen sie ihr Programm nochmals revidieren, oder, wie Lloyd George sagte, eine Rekonsideration eintreten lassen. Wenn sie das tun und mit neuen Vorschlägen kommen, dann werden wir sie auch ernstlich prüfen, denn unser Ziel ist kein anderes als die Wiederherstellung eines dauernden allgemeinen Friedens."